

Stefanie Ruffen | Martinsfeld 42 | 50676 Köln

Landtag Nordrhein-Westfalen
Referat I. 1/A 15 – ASW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



Köln, 24.05.2016

„Pluralität und Meinungsbildung der Elternverbände in der Schullandschaft respektieren – Partizipationsmöglichkeiten der Elternvertretungen vor Ort stärken (Antr Drs 16/11418) „

Stellungnahme anlässlich der Anhörung von Sachverständigen durch den Ausschuss für Schule und Weiterbildung am 01.06.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

in meiner Position als Schulpflegschaftsvorsitzende eines großen Kölner Gymnasiums und als Sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Schule und Weiterbildung des Rates der Stadt Köln nehme ich gleich zwei wichtige Perspektiven zur Beurteilung der Partizipationsmöglichkeiten der Eltern in der Schullandschaft ein.

Die beratene Einbindung von Eltern in die Schulentwicklung führt zu einem wichtigen „Perspektivwechsel“, den man nicht außer Acht lassen sollte. Als Kommunalpolitikerin sehe ich die Umsetzung vor Ort und auch das hohe Engagement von Eltern in der Schule. Der „direkte Kontakt zur Basis“ ist für die Ratsarbeit enorm wichtig, denn so erhält man einen Einblick in die verschiedenen Schulformen und den Eltern hier wichtigen Themen.

In Köln ist die Elternarbeit z. B. durch die Stadtschulpflegschaft breit aufgestellt und beratendes Mitglied im ASW. Der Austausch auch auf offenen Sitzungen selbiger ist eine große Unterstützung in der politischen Arbeit, da man hier umfassend und flächendeckend informiert wird. Da es sich um eine beratende Stimme handelt, heißt es natürlich nicht, dass man dieser immer folgen muss/soll. Sie ist dennoch wichtig und hilfreich.

Diese Einbindung hat dann auch den direkten kommunalen Bezug, während die Landesperspektive sich bei vielen Fragen natürlich noch etwas weitgefaster darstellt. Wobei dies nicht heißt, dass sich Entscheidungen auf Landesebene dann nicht auch direkt auf kommunaler Ebene widerspiegeln.

In Köln ist die Entscheidung zur beratenden Einbindung fraktionsübergreifend getroffen worden. Das ist sehr positiv und wäre auch die bestmögliche Variante. Wenn man aber hört, dass in anderen Kommunen/Gremien eine solche Einbindung versagt wird, muss im allgemeinen Interesse darüber nachgedacht werden, wie man es schulgesetzlich anders fasst.

Der Schwerpunkt der stärkeren Partizipation sollte hier auf kommunaler Ebene liegen. Eine geplante „Zusammenfassung“ auf Landesebene mit der noch viel weiter gefassten thematischen Vielfalt würde die Gefahr einer argumentativen Verarmung und den Verlust von Fachkenntnissen beinhalten, bei der viele Einzelaspekte aus dem Blick geraten.

Auch als aktives Mitglied in einer Elternvertretung ist die geplante einheitliche Elternvertretung auf Landesebene kritisch zu bewerten, da die doch sehr unterschiedlichen Sichtweisen und Problemlagen unterschiedlicher Alterstufen, Schulformen oder unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder kaum die Vielfalt qualifiziert widerspiegeln kann. Dies ist schon auf (kleiner) kommunaler Ebene nur bei gewissen Themen möglich, da die Interessen weit auseinander gehen.

Im Zuge der steigenden Teilnehmerzahlen am Ethikunterricht bzw. an der Praktischen Philosophie statt am evangelischen oder katholischen Religionsunterricht, gehören auch Vertreter anderer in Deutschland ausgeübter Glaubensrichtungen als Berater hinzu gezogen, sofern Kirchen in den Gremien vertreten sind.

Mit freundlichen Grüßen

Stefanie Ruffen